

Liechtenstein sagt ja

sda. Fünf Tage vor der schweizerischen Volksabstimmung über das Freihandelsabkommen mit der EWG hat der liechtensteinische Landtag das in Brüssel unterzeichnete Zusatzabkommen mit der EWG einstimmig gutgeheissen. Die Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den europäischen Gemeinschaften EWG und Montanunion werden auf Grund dieses Zusatzabkommens damit auch auf das Fürstentum Liechtenstein anwendbar. Die sachliche Grundlage und Voraussetzung für das liechtensteinische Zusatzabkommen mit der EWG ist der schweizerisch-liechtensteinische Zollvertrag aus dem Jahre 1923.

Oensingen-Balsthal-Bahn

Für Bus-Lösung

Die Eisenbahnkonzessionskommission des Ständerates (Vorsitz: Herzog, Thurgau) stimmt dem Antrag des Bundesrates mehrheitlich zu, der die Umstellung des Personenverkehrs auf die Strasse empfiehlt. Die Kommission kam zu diesem Ergebnis, nachdem sie in einer ersten Sitzung die Frage eines Versuchsbetriebes auf der Strasse erwogen hatte. Sie verwarf indessen diese Möglichkeit wegen ihrer präjudizierenden Wirkung und zog einen klärenden Entscheid vor, der nach nochmaliger ausgedehnter Diskussion der Problematik dieser kurzen Bahnstrecke zugunsten der Bus-Lösung ausfiel.

Mitbestimmend war vor allem, den abgelegenen Gemeinden der Region eine direktere Verbindung zur Hauptlinie der SBB in Oensingen bieten zu können, ohne die Erreichbarkeit des Bezirkshauptortes zu verschlechtern.

Dem Rat wird indessen auch ein Minderheitsantrag unterbreitet werden, die Bahnkonzession für den Personen- und Güterverkehr auf 20 Jahre zu erneuern.

Lohnkonflikt behoben

sda. Der seit einiger Zeit bei der Gorngrat-Bahn (GGB) schwelende Lohnkonflikt konnte behoben werden. Anlässlich von Verhandlungen zwischen Vertretern des Verwaltungsrates und der Direktion einerseits sowie der Vertreter der beteiligten Personalverbände und des Personals andererseits, kam es nach eingehenden Diskussionen zu einer Einigung. Die Verwaltungsvertreter stimmten dem Entwurf zu einer neuen Besoldungsordnung und Aemterreihung grundsätzlich zu. Die angedrohten Kündigungen werden nach erfolgter Ratifizierung der Vorlage durch den Gesamtverwaltungsrat hinfällig.

Schärfere Kontrollen

sda. Die Freiburger Polizei wird in den nächsten Tagen, laut einer Mitteilung der kantonalen Polizeidirektion, schärfere Kontrollen bei Autofahrern und ihren Fahrzeugen durchführen. Sie wurde zu dieser Massnahme durch den starken Anstieg der schweren Unfälle im Laufe dieses Monats bewegt.

Ausländer zur 2. Säule

sda. Die Dachorganisationen der italienischen und spanischen Arbeiter in der Schweiz haben auf der Bundeskanzlei eine Petition mit 75 000 Unterschriften hinterlegt, die zur Reform der Altersversicherung in der Schweiz Stellung nimmt. Die ausländischen Arbeiter fordern, dass die Reform eine öffentliche, einheitliche, generalisierte Volksversicherung vorsieht, die durch die Potenzierung und Erweiterung der AHV/IV zu realisieren ist und die, nach Abbruch der Arbeitstätigkeit aus Altersgründen oder aus anderen versicherungsgültigen Motiven, Beiträge gewährt, welche dem Rentner erlauben, dasselbe Lebensniveau zu halten, das er in den fünf lohnträchtigsten Jahren erreicht hatte. Ferner wird verlangt, dass auf die ausländischen Arbeiter das Recht ausgedehnt werde, über den Inhalt der Reform der Altersversicherung und in allen weiteren Fragen, die sie direkt betreffen, mitzubestimmen. Schliesslich fordern die Petenten, dass in der Phase der Ausarbeitung des Gesetzesartikels die Interessen der ausländischen Arbeiter und die von ihnen verlangten Garantien berücksichtigt werden.



Kein Grund zu Aufregung?

Es stellt sich die Frage, ob die einen Weiterbestand der Kavallerie verneinenden Ständevertreter sich sagten, die Präsenz der Vierbeiner im Ratssaal – nämlich auf diesem Abschnitt im Landgemeindefeld – genüge vollkommen... (hgb)

Ständerat für Auflösung der Kavallerie

Zustimmung zum Bundesrat mit 26 zu 15 Stimmen

Nach einer mehr als drei Stunden dauernden Debatte beschloss der Ständerat am Mittwoch, die 18 noch bestehenden Dragonerschwadronen aufzulösen und in die mechanisierten Panzerverbände umzuteilen. Gleichzeitig wurde damit der Antrag der Militärkommission des Ständerates, die Zahl der Schwadronen von 18 auf 9 zu reduzieren, verworfen. In einer Eventualabstimmung entschied sich zuvor der Rat bereits mit 26:16 Stimmen für die Auflösung der Dragonerschwadronen und gegen den Beschluss des Nationalrates, nur 6 der 18 Schwadronen aufzulösen. An dem mit Spannung erwarteten Entscheid beteiligten sich 43 der insgesamt 44 Ständeräte, wobei der Ratspräsident nicht an der Abstimmung teilnahm, da er allenfalls den Stichentscheid hat.

Neugestaltung der Mechanisierten und Leichten Truppen

Der Präsident der Militärkommission, Grosjean (freis, Neuenburg), erläuterte vor dem Rat nochmals Sinn und Zweck der Vorlage: Die Mechanisierten und Leichten Truppen sollen neu gestaltet werden, indem die Panzerjägerbataillone in Panzerbataillone der Felddivisionen umzuwandeln sind. Diese Reorganisation erfordert einen Sollbestandesmässigen Mehrbedarf von 2600 Mann, wobei der Bundesrat vorschlägt, diesen durch die Auflösung der Kavallerie zu decken. Gegen dieses Vorhaben ist bekanntlich eine Petition lanciert worden und der Nationalrat beschloss, von den 18 nur 6 Schwadronen aufzulösen. Der restliche Mehrbedarf sollte durch Radfahrerverbände rekrutiert werden. Die Militärkommission des Ständerates beantragte, die Zahl der Schwadronen zu halbieren, was gegenüber dem Beschluss des Nationalrates eine einfachere Lösung wäre und keine Auflösung von Radfahrerverbänden erfordern würde.

Prädestiniert, die Lücke zu schliessen

Für eine erste Kommissionsminderheit votierte Hürlimann (cvp, Zug) und beantragte die generelle Abschaffung der Kavallerie und damit Zustimmung zu den Anträgen des Bundesrates. Er lobte die Dragoner als ausgezeichnete Elitetruppe, die prädestiniert sei, die vorhandene Lücke im Mannschaftsbestand zu schliessen. Wenn man nur einen Teil der Kavallerie auflöse, schaffe man ein Unrecht, denn jeder Kavallerist erwarte dann, dass

er nicht umgeteilt werde. Die Militärausgaben müssten optimal eingesetzt werden und im Sinne einer militärisch konsequenten und gerechten Lösung gebe es eine Abschaffung aller Dragonerschwadronen.

Wer für die Landwirtschaft ist...

Graf (svp, Schaffhausen) sprach für die zweite Kommissionsminderheit und für Zustimmung zu den Beschlüssen des Nationalrates (12 Schwadronen). Man müsse die Frage der Kavallerie im Zusammenhang mit der Landwirtschaft sehen, und wer für die Landwirtschaft sei, müsse für die Erhaltung der Kavallerie einstehen. Man dürfe die Bauern nicht zu Panzergranadiere degradieren. Die Kavallerie habe ihre Berechtigung namentlich dort, «wo nur noch Pferdefüsse» durchkommen.

Prominente Kavalleriegegner

Einige prominente Ratsherren mit Gewicht sprachen sich in der Folge für die Abschaffung der Kavallerie aus. Die Kavallerie, so argumentierte Heimann (ldu, Zürich), sei nicht mehr in der Lage, im modernen Krieg bestehen zu können. Ihm entgegnete Pradervand (freis, Waadt), die Kavallerie sei mehr als nur eine Waffenattung. Honegger (freis, Zürich) meinte dagegen, Militärpolitik lasse sich nicht auf der Grundlage von Traditionen betreiben. Was der Nationalrat beschlossen habe, sei nur eine halbe Sache. Er wurde von Muheim (cvp, Uri) sekundiert. «Wer geht schon in ein Unternehmen, das über kurz oder lang Konkurs macht?» Die Erhaltung der Kavallerie sei daher auch nicht im Interesse der Kavalleristen, erklärte Muheim.

Die Argumente der Befürworter

Mit dem Argument, auch General Guisan wäre noch heute gegen die Abschaffung der Kavallerie, trat Oechslin (cvp, Schwyz) für Zustimmung zu den Anträgen der Militärkommission ein. Krauchthaler (svp, Bern) wies darauf hin, dass der Dragoner keine Hilfe brauche, um an den Einsatzort zu gelangen. Das Pferd sei an keine Strasse gebunden und geräuschlos. Aubert (soz, Neuenburg) verlangte, dass die Petition zur «Erhaltung des Pferdes in der Armee» respektiert werde und stimmte den Beschlüssen des Nationalrates zu. Im Interesse der Glaubwürdigkeit unserer Armee war sein Fraktionskollege Wenk (soz, Basel-Stadt) dagegen für die Auflösung der Kavallerie. Knüsel (freis, Luzern) vertrat schliesslich die Ansicht, sowohl das Pferd wie der Radfahrer hätten in einer modernen Armee einen Platz und stimmte dem Nationalrat zu.

Bestandeskrise decken

Bundesrat Gnägi unterstrich nochmals die Notwendigkeit, die Felddivisionen durch Panzerverbände zu verstärken. Es wäre unsinnig, neues Panzermaterial zu beschaffen und dieses in den Hallen stehen zu lassen, nur weil die Mannschaft dazu fehlt. Langfristig würden noch andere Umteilungen notwendig sein. Man dürfe die Frage der Kavallerie nur unter dem militärischen Aspekt betrachten, und eine berittene Truppe könne nie die gleich grosse Feuerkraft entwickeln, wie die Infanterie oder die Radfahrtruppen. Allein aus Tierschutzgründen sollte man heute der Abschaffung der Kavallerie zustimmen. Bundesrat Gnägi wies auch auf die erheblichen finanziellen Mittel hin, die zur Fortführung der Kavallerie eingesetzt werden müssten sowie auf den Mangel an geeigneten Pferdewärtern.

Den Verhandlungen des Ständerates wohnten etliche Nationalräte bei. Die Publikumbühnen waren überfüllt und

der Entscheid des Rates, die Kavallerie aufzulösen, wurde mit Applaus quittiert, was den Ratspräsidenten zu einem Ordnungsruf veranlasste. (Das Publikum hat sich jeglichen Beifallskundgebungen zu enthalten!)

Nachlassendes Interesse

Das Interesse an den weiteren Debatten des Ständerates liess schlagartig nach. Zunächst überwies der Rat zwei vom Nationalrat gutgeheissene Motionen zur Flugzeugbeschaffung, genehmigte dann nach einer kurzen Diskussion den SBB-Voranschlag für 1973 – er schliesst mit einem Fehlbetrag von 96,6 Millionen ab – und hiess mit 27:0 Stimmen die zweite Serie von Nachtragskrediten zum PTT-Voranschlag für 1972 gut.

Donnerstag, 30. November

Auf der Tagesordnung, Beginn 07.30 Uhr, steht ein Abkommen für Motorfahrzeugteile und eine Motion des Nationalrates.

Für das Volkstheater im Berner Jura

sda. Die schweizerische Bundesfeier-Spende hat im Jahre 1972 389 000 Franken für kulturelle und soziale Zwecke gespendet. Aus dem Kulturfonds wurden 200 000 Franken entnommen, die in der deutschen Schweiz und der Westschweiz vor allem für die Restaurierung kunsthistorisch wertvoller Kirchen und Gebäude eingesetzt wurden. Namhafte Beiträge wurden ebenfalls an die Einrichtungskosten eines Bauernmuseums in La

Zweiter Anlauf – frei von Ballast

Die Aargauer stimmen über die Schulgesetzrevision ab

Im Schatten der eidgenössischen Vorlagen stehen am Wochenende die drei kantonalen Abstimmungen im Aargau, als wichtigste der zweite Anlauf zur Schulgesetzrevision. Sie war im Mai 1970 bei 30 041 gegen 29 706 Stimmen mit dem hauchdünnen Mehr von 335 verworfen worden, einzig jener Bestimmung wegen, die den Grossen Rat ermächtigen wollte, im Zuge der schweizerischen Schulkoordination den Schuljahresbeginn vom Frühjahr auf den Herbst zu verschieben.

Nach dem Nein in Bern und Zürich

Als nach dem knappen Nein des Aargaus Zürich und Bern mit weit gewichtigeren Mehrheiten den «Herbst-Startern» ebenfalls Absagen erteilten und Basel-Land die bereits eingeleitete Umstellung in die Retourkutsche verfrachtete, entschloss man sich im Aargau zur Revision wenigstens jener Teile des Schulgesetzes, die Chancen hatten, über die Hürden zu kommen. Es geht um einen echten Ausbau der Volksschule, unter anderem durch Einführung des freiwilligen neunten Schuljahres, das nun auch Sekundar- und Oberschülern offenstehen soll. Weiter ist die Sonderschulung geistig und körperlich behinderter Kinder im Rahmen ihrer persönlichen Fähigkeiten und die Einführung des Schulzahnarztendienstes im ganzen Kanton zu institutionalisieren. Eine grundsätzliche Neuerung der Revisionsvorlage ist sodann die Möglichkeit zur Schaffung von Kreisschulen, die durch mehrere, benachbarte Schulgemeinden zusammen errichtet und betrieben werden. Damit die vorgesehenen ein- oder höchstens zweiklassigen Abteilungen geführt werden können, sind Primaroberschüler mehrerer kleiner Gemeinden zusammenzufassen,

Vernunft siegte

ft. Der Ständerat hat seine Bewährungsprobe als «chambre de réflexion» bestanden. Bei der Auseinandersetzung um die Kavallerie in der Kleinen Kammer, die allzu gerne als hinterwäldlerisches «Stöckli» apostrophiert wird, wog das Gewicht der Argumente schwerer als das der Emotionen. Mit 26 gegen 15 Stimmen entschieden sich die Ständevertreter überraschend eindeutig für die Abschaffung der berittenen Truppe, so dass es sich der Nationalrat wohl kaum leisten können, auf seinem für alle Seiten unbefriedigenden Kompromiss (Beibehaltung von 12 Schwadronen) zu beharren.

Auch im Ständerat war in allen Voten die Sympathie für das Pferd und für die Kavallerie spürbar. Und keinem Redner glaubte man die innere Ueberwindung, die ihn die Preisgabe der Kavallerie kostet, besser als Bundesrat Gnägi («Sie wissen, wo ich herkomme»). Aber während der Chef des Militärdepartements in der letzten Session im Nationalrat angesichts der Front der Kavallerie-Verteidiger die Vorlage des Bundesrates nur mit halbem Herzen verteidigt hatte, setzte er sich nun mit aller Vehemenz dafür ein. Denn deutlicher als die Debatte in der Grossen Kammer zeigten die Voten im Ständerat, wie schwach die Argumente der Befürworter der Kavallerie – handle es sich nun um einen Kompromiss von 9 oder 12 Schwadronen – sind. Die Kavallerie wurde zum Symbol der geistigen Landesverteidigung hochstilisiert, obschon ein Blick auf die Entwicklung zeigt, dass ihre Substanz längst angegriffen ist. Der Anteil der Landwirte an den ausgehobenen Dragonern ist von 80 Prozent im Jahre 1962 auf 56 Prozent im Jahre 1972 gesunken. Nur noch zwei Prozent der Landwirtschaftsbetriebe sind allein auf das Pferd angewiesen. Bundesrat Gnägi drückte den Sachverhalt ganz scharf aus: «Der Landwirt kann sich vielfach ein Pferd gar nicht mehr leisten. Es sind andere Leute, die sich Pferde beschaffen.»

Stärker als bei der Diskussion im Nationalrat fiel in der Ständekammer die Frage ins Gewicht, ob es sich die Armee – im doppelten Sinne verstanden – leisten könne, eine nicht sehr kampfkraftige, aber teure Truppengattung beizubehalten. Die Kosten für die Beibehaltung der Kavallerie (60 Millionen Franken für Investitionen und jährliche Ausgaben von 12 Millionen) wirkten angesichts des Budgetdefizits der Eidgenossenschaft abschreckend. Entscheidend war aber die psychologische Seite: die Frage, ob eine Armee glaubwürdig sei, die bei Flugzeugen und Pferden nicht mit der gleichen Elle misst.

Chaux-de-Fonds, für archäologische Untersuchungsarbeiten in Schwyz und für die Förderung des Volkstheaters im Berner Jura und in der Innerschweiz zur Verfügung gestellt.

wobei bei allzu langen Schulwegen ein Schulbus bereitzustellen ist. Damit – was da und dort dem neuen Gesetz Gegner schuf – kleine Dörfer nicht auf ihre Schule verzichten müssen, soll die Unterstufe stets im Dorf bleiben und keinesfalls als Kreisschule geführt werden. Ferner schafft die Revision die Möglichkeit, Versuchs- und Übungsklassen einzurichten und schliesslich ist als neues Fach der Sportunterricht vorgesehen, der in der Bezirksschule das traditionsreiche Kadettenwesen ablösen und auch den Mädchen offenstehen wird. Da all diese Neuerungen keine grundsätzliche Gegnerschaft finden, dürfte die zweite Auflage der Schulgesetzrevision gelingen.

Wohnungsbau und Kinderzulagen

Die langfädig umschriebene «Abänderung des Gesetzes über die Förderung des Baues von Alters-, Invaliden- und Familienwohnungen sowie die Regional- und Ortsplanung» verstärkt die Hilfsmassnahmen des Staates im Wohnungsbau. Die dritte Vorlage an diesem Abstimmungswochenende sieht massiv erhöhte Kinderzulagen vor.

Der Duft für Männer, der Frauen verwirrt.

AGUA BRAVA



AGUA BRAVA. Die neue, aussergewöhnliche Pflegelinie für Männer, die auf ihre Männlichkeit stolz sind! Der dreifach konzentrierte Duft von AGUA BRAVA besitzt jenen vitalen, aufregenden Akzent, der ein unwiderstehliches Fluidum ausstrahlt: AGUA BRAVA – jung, frisch, zeitgemäss.

PUIG

Barcelona Paris New York

Eau de Cologne, Rasierschaum, Rasiercreme, After Shave, After Shave Treatment, Seife, Bade- und Dusch-Gelee, Körperemulsion, Deodorant Spray, Fals, Hair Tonic.

